Nr. 51 6. November 1969 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

Der Kampf um neue Abteilungssatzungen

Die vorläufig genehmigte Verfassung der Ruhr-Universität Bochum sieht vor, daß sich die Abteilungen dieser Hochschule eigene Satzungen geben, die von jeweiligen Abteilungsversammlungen der betreffenden Abteilung ausgearbeitet werden.

Die erste Abteilungsversammlung war bei den Juristen angesetzt, doch wurde sie von den Professoren boykottiert, da die Ausbilder der Klassenjustiz es nicht für würdig erachteten, der Einladung zur Abteilungsversammlung, die von den studentischen Vertretern ausging, Folge zu leisten.

Die erste wirklich stattgefundene Abteilungsversammlung nun gab es bei den Wirtschaftswissenschaftlern. Auch hier ging die Initiative von den Studenten aus. Die 16 gewählten Studentenvertreter der Wi-Wi-Abteilungsversammlung hatten einen Entwurf einer Abteilungssatzung ausgearbeitet, und das in den Ferien, Woche für Woche. Dieser fortschrittliche Satzungsentwurf, bisher einmalig an der Ruhr-Uni, fordert Halbparität in allen zu bildenden Organen, für die er natürlich Öffentlichkeit vorsieht, und damit nicht nur **Mitbestimmungsrecht** bei Prüfungen und Berufungen, sondern **auch bei Forschung und Lehre.** Entrüstet bemerkten die Professoren der WiWi-Abteilung, daß sie namentlich nicht mehr als Hochschullehrer in diesem Satzungsentwurf genannt werden. Vielmehr ist dort die Rede von Hauptfach- und Nebenfachstudenten der Abteilung auf der einen Seite und von, dem Alphabet nach, **Angestellten, Arbeitern und Beamten** auf der anderen.

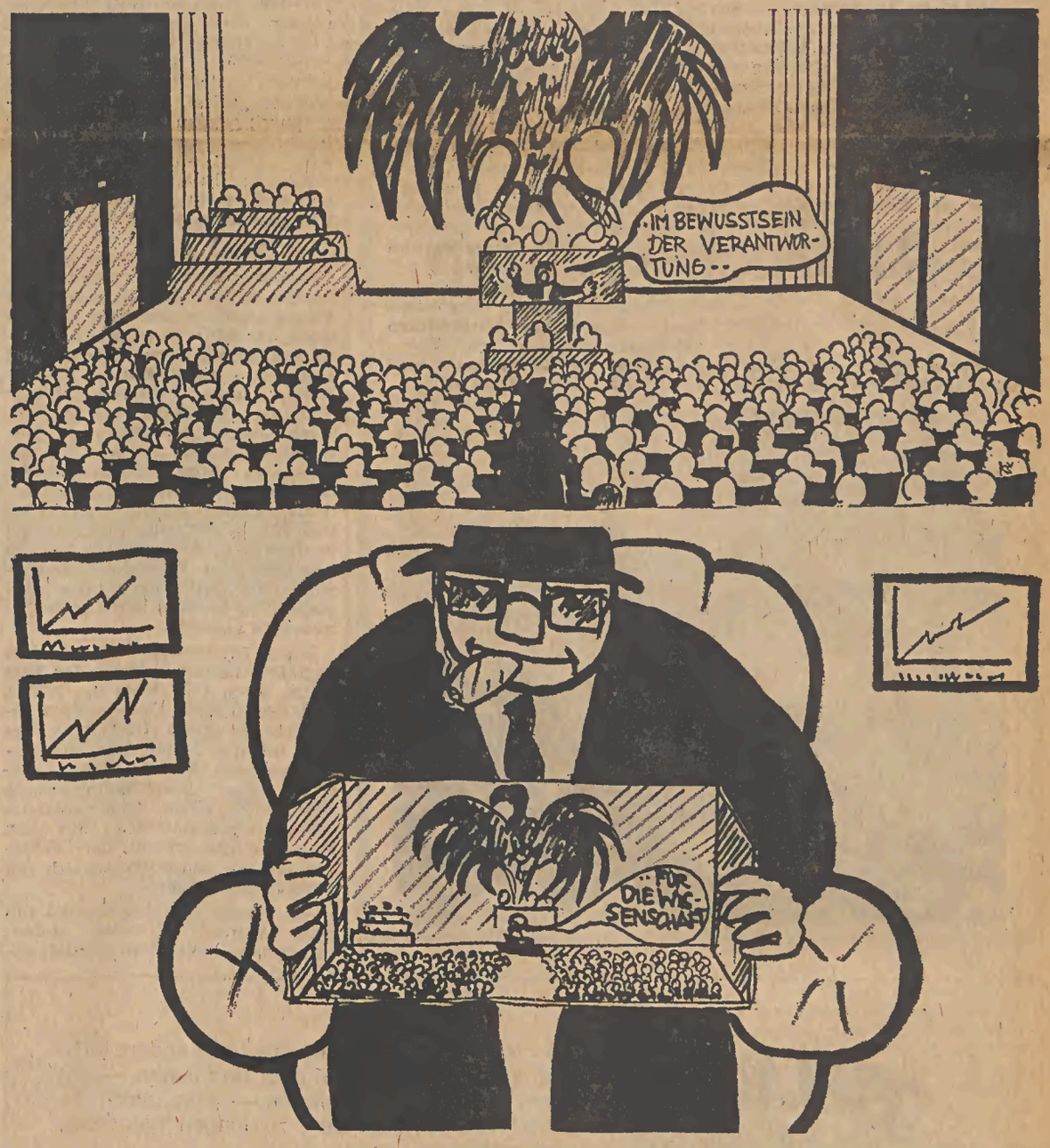
Der studentische Satzungsentwurf wurde über den Dekan der Abteilung allen Professoren und Assistentenvertretern sowie den Vertretern der Bediensteten zugeschickt. Ebenfalls lag der Rahmenentwurf des Assistentenrates vor. Am 29. Oktober fand die erste Sitzung der Abteilungsversammlung der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft statt. Hatte der Dekan in der Einladung bewußt vermieden, diese Sitzung für öffentlich zu erklären, so kündigten die studentischen Vertreter diese Zusammenkunft als öffentlich an. Zum anberaumten Termin erschienen auch etwa 30 interessierte Zuhörer der Abteilung. Der Assistent des Dekans hatte die Anweisung, nur Personen mit Stimmkarte, alle anderen nicht in den Senatssitzungssaal zu lassen. Dieses geschah natürlich im Widerspruch zur neuen Verfassung der RUB, die nirgendwo den Ausschluß der Öffentlichkeit vorschreibt. Die Professoren der Abteilung Wi-Wi, die auch schon bei der Verabschiedung der Biedenkopf-Verfassung fast geschlossen gegen diese gestimmt hatten, versuchten mittels aller möglichen Tricks gegen die legalisierte Verfassung vorzugehen und die Erarbeitung einer neuen Abteilungssatzung zu verhindern oder doch zumindest zu verzögern. Die studentischen Vertreter weigerten sich, ohne Öffentlichkeit in den Sitzungssaal zu gehen, und forderten alle interessierten Zuhörer auf, mit ihnen zusammen den Saal zu betreten und die Abteilungsversammlung zu eröffnen. Der Dekan, der nun hinzukam, erkannte den studentischen Standpunkt an und redete sich damit heraus, daß aus organisatorischen Gründen erst einmal die Mitglieder der Abteilungsversammlung eintreten sollten, um eine Übersicht über die Anwesenheit zu erhalten. Danach sollten die Zuhörer eintreten.

Die Wahl des Versammlungsleiters zog sich über zwei Wahlgänge hin. Neben dem Dekan und einem Assistenten stellten auch die Studenten einen Kandidaten auf. Im ersten Wahlgang erhielt kein Kandidat die erforderliche Mehrheit. Im zweiten Wahlgang zeigte es sich dann eindeutig, daß **auch ein Student von Professoren** als Versammlungsleiter **gewählt** werden kann, zumindest wurde der Studentenvertreter bei 28 Stimmen auch von Assistenten gewählt. Der Kandidat der Assistenten erhielt selbst 14, der Dekan 1 Stimme. Sogar für Biedenkopf zählte man einen Stimmzettel, obwohl der Wackere gar nicht anwesend war. **Bezeichnend für diesen Wahlgang aber war, in welch manipulativer Weise der** anfangs die Versammlung leitende **Dekan glaubte, mit Studenten und Assistenten umspringen zu können.** Nach dem ersten Wahlgang verzichtete der Kandidat der Assistenten auf eine weitere Kandidatur, um damit dem Studentenvertreter die Chance zu geben, gewählt zu werden. **Da erlaubte sich der Dekan als Wahlleiter dieser Abstimmung, den Assistentenvertreter von seinem Untun zu überzeugen, und bat ihn, doch weiterzukandidieren, natürlich im Interesse der Profs.** Das Ergebnis: siehe oben. Diejenigen, die mit solcher Wahlmanipulation nicht einverstanden waren, wählten nun erst recht den Studentenvertreter.

Aller Anfang ist schwer, auch bei einer neuen Abteilungssatzung. Dazu kam man noch lange nicht. Bei der Frage der Protokollführung, ein Assistent wurde darum gebeten, demonstrierte der **Dekan** erneut, **welche Machtpositionen er heute noch immer innehat: „Ich bestimme, was meine Assistenten zu tun haben und was nicht!"**

Ein Mitglied dieser Abteilungsversammlung zeigte deutlich, was er von dieser ganzen Versammlung und dem Gerede über eine neue Abteilungssatzung hielt: der Vorsitzende des Prüfungsamtes, Professor Schilcher. Anfangs glänzte er durch Abwesenheit, als er dann für kurze Zeit erschien, merkte man ihm seine Passivität an (bei Abstimmungen zeigte er nie seinen Finger), dann verschwand er schnell wieder. Er sieht seine Machtfelle dahinschwimmen, doch noch ist er der Allmächtige bei Prüfungen; gleich im Anschluß an die Abteilungsversammlung fand die Prüfungskommission statt, die die **Durchfallquote** bei der gerade beendeten **Zwischenprüfung** Oktober 1969 wiederum auf **40 Prozent setzte!!!** Doch zurück zur Abteilungsversammlung. Der studentische Antrag, einen Punkt „Materielle Grundlagen" (Raum-, Sachprobleme, Sekretärin) als Punkt in die Tagesordnung als Nummer 1 aufzunehmen, scheiterte. Professoren, die alle ihre eigene Sekretärin haben, brauchen sich in diesem Punkt keine Sorgen zu machen, während die Studenten sich die Hacken ablaufen, um irgendjemand zu bekommen, der ihnen z. B. ihren Satzungsentwurf abtippt, oder damit sie einen Raum bekommen, um sich für die Ausarbeitung des Entwurfes zusammenzufinden. Und dann endlich, endlich, kam der Punkt der Abteilungssatzung dran. Doch wiederum praktizierten hier die Professoren ihre Verschleppungstaktik. Die beiden Satzungsentwürfe der Studenten und Assistenten, die ihnen schon seit Tagen vorgelegen hatten, wurden von ihnen als unbekannt zurückgewiesen, da sie, die Professoren, bisher sich nicht die Mühe gemacht hatten, diese Entwürfe zu lesen. Sie offenbarten sogar, was sie von einer neuen Abteilungssatzung hielten: **bisher habe sich noch niemand von ihnen damit beschäftigt,** sie könnten keine Gedanken dazu beitragen. Daher könnten sie zu den beiden vorliegenden Entwürfen auch keine Stellung beziehen. Sie verlegten sich darauf, daß eine Kommission gebildet werden sollte, die einen gemeinsamen Satzungsentwurf vorbereiten sollte. Diese **Kommission, sie tagt öffentlich** wie alle Organe der Abteilungsversammlung, setzt sich im Verhältnis 2:2:2:1 aus Profs, Assis, Studenten und einer Vertreterin der Bediensteten zusammen. Auf Antrag der Lehrenden (Hochschullehrer alten Stils) wurde die Versammlung erst einmal unterbrochen, um den Profs die Möglichkeit zu geben, für die Kommission, die sie wollten, ihre Vertreter zu bestimmen (welch herrliche **Verzögerungstaktik** wiederum von ihnen!). Da die beiden Professoren dieser Kommission aber nicht verbindlich für ihre Kollegen sprechen, werden sie wohl jedesmal verlangen, erst mit ihren Kollegen Rücksprache zu halten. Der Kreis schließt sich — die Erarbeitung einer neuen Abteilungssatzung wird nur hinausgezögert von Leuten, die sie nicht wollen und gar kein Interesse daran zeigen. Weiterer Beweis (bedarf es eigentlich noch irgendwelcher Beweise?): die Professoren erhoben sich und meinten, sie hätten keine Zeit mehr, sie wollten jetzt Prüfungskommission machen. Die Versammlung war zu diesem Zeitpunkt nicht beendet. Die Profs beantragten und stimmten für Beendigung der Sitzung (gegen die Stimmen der Studenten) und zogen dann aus. Ob die Wirtschaftler jemals eine neue Abteilungssatzung bekommen werden? Es liegt allein an den Professoren, wie es jeder Zuhörer wird bestätigen können. **Deshalb muß den Profs ihre Macht genommen werden!!!**

Christoph Alrich



RUB-Rektor schützt Privat-Forschung

Endlich hat der neue Rektor der Ruhr-Universität, Faillard, die Katze aus dem Sack gelassen: In einem Interview mit der in Essen erscheinenden NRZ gibt er einige Details seiner Vorstellungen über die moderne Universität wieder: „Ein im Durchschnitt gutes Zeugnis läßt in der Regel auf eine bessere Eignung zum Studium schließen als ein schlechtes." Beschluß der 4. Vollversammlung der Bundesassistentenkonferenz, die Mitte Oktober in Bonn tagte und den Bochumer Assistenten Tilman Westphalen zum 1. Vorsitzenden der BAK wählte, zum Numerus clausus: **Abschaffung der Zulassung** (zum Studium, d. Red.) **nach scheinbar objektiven, in Wahrheit sozial selektiven Kriterien wie z. B. der Abitursnoten."**

Um hingegen weitere Selektionen vorzunehmen, bisher bestehen noch nicht in allen Abteilungen der RUB Zulassungsbeschränkungen, läßt Faillard an einigen Abteilungen den Numerus clausus so praktizieren: „Möglich sind nur nachgeschaltete Eignungstests in Form von Zwischenprüfungen!" **Bestens praktiziert z. B. bei den WiWis, den Anglisten usw., wo bei Zwischenprüfungen durchweg mindestens 40 Prozent der Prüfungskandidaten durchgefallen werden.**

Seine wahre Einstellung über Wissenschaft und damit verbunden der praktizierten Forschung an der Universität gibt der Naturwissenschaftler Faillard zum Abschluß seines Interviews mit der NRZ vom 9. Oktober 1969 wieder: **„Ich bin dafür, Studenten bei Fragen der Lehre ein gleichberechtigtes Mitspracherecht einzuräumen, nicht aber bei Fragen der Forschung."** Warum scheut der Rektor in Fragen der Forschung eine Mitbestimmung seitens der Studenten? Will er damit die **Professoren unserer Uni, die Auftragsforschung betreiben,** decken? Wie sagte in einem Interview mit der BSZ (Nr. 50 vom 23. Oktober 69) Herr Dannhauer, Assistent der Abteilung für Elektrotechnik: „Es gibt ... Professoren, die primär und vor allen Dingen für die Privatindustrie arbeiten ... Als ein Beispiel kann ich Ihnen da den **Fall Laukien** nennen, ein Professor, der sich nahezu nie an der Universität aufhält! Ebenso wie ein Teil seiner Assistenten hat er sein ständiges Arbeitsgebiet **bei der Brucker-Physik in Karlsruhe als Berater.** (In Karlsruhe befindet sich ein Atomforschungszentrum!) Die Brucker-Physik befaßt sich mit der Entwicklung von Forschungsmagneten, Netzgeräten zu deren Speisung ... Fest steht, daß **Laukien gereizt reagiert, wenn jemand etwas gegen die Bundeswehr sagt! Außerdem behauptet er, daß in den Werkstätten der Bundeswehr und der israelischen Armee (!) besonders hochqualifizierte Arbeit geleistet wird!"**

Kein Wunder, wenn sich da Rektor Faillard schützend vor diese Auftragsforscher stellt und jedes Mitbestimmungsrecht in Forschungsvorhaben ablehnt. Schützenhilfe bekommt er dabei natürlich auch von der Industrie selbst. Am vergangenen Donnerstag, am 30. 10. 1969, wurde bekannt, daß der frühere CSU-Atomminister (welch tolle Verbindungen!) und bisherige Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Siegfried Balke, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Verbandes Technisch-Wissenschaftlicher Vereine (DVT), einer Vereinigung zahlreicher Berufs-, Branchen- und Interessenverbände der Wirtschaft, einen Brief an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz der Länder, den Westberliner Senator Carl-Heinz Evers, sandte. In diesem Schreiben macht die Industrie die Förderung der Forschung an den Hochschulen davon abhängig, daß der Staat eine Mitbestimmung der Assistenten und Studenten verhindert. Balke: „Die Möglichkeit einer Einflußnahme von dritter Seite wird unvermeidlich die Bereitwilligkeit der Industrie schmälern, im bisherigen Umfang Forschungsmittel bereitzustellen." Balke wies auf die ausgezeichneten Ergebnisse der bisherigen „Symbiose" von Industrie und Hochschulen in der Forschungstätigkeit hin. **Als ehemaliger Atomminister hat er ja da die beste Übersicht! Im Bewußtsein seiner Machtposition dankte Balke im voraus dem Adressaten seines Schreibens für die Erfüllung seiner Forderungen.**

Die Forderung der Assistenten, Bediensteten und Studenten kann daher nur die **Offenlegung aller Unterlagen über Auftragsforschung an der Universität und fortan Mitbestimmung in allen Forschungsvorhaben sein!**

wywizz
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19

Abt. VIII:

Der „Wohlfahrtsausschuß", der sich in Anlehnung an seinen Vorgänger aus der Französischen Revolution als demokratisches Exekutionskomitee aus Studenten der Abteilung VIII konstituiert hat, bietet zum Preis von 2,50 DM eine 152seitige Broschüre unter dem Titel „Streng vertraulich!" an, in der die Berufungspolitik der Abteilung VIII der RUB an markanten Beispielen untersucht wird. Neben Analysen der Lehre der Herren Altmann, Kesting, Papalekas und Schnur sowie dem Abdruck von Artikeln des Herrn Ronneberger aus dem „Völkischen Beobachter", worin dieser seinen Beitrag zur „Endlösung der Judenfrage" leistete, enthält die Broschüre Stücke aus der Korrespondenz des Dekanats sowie Protokolle von Sitzungen der Fakultät und einer von dieser gebildeten Berufungskommission, die der Öffentlichkeit vorenthalten bleiben sollten.

Der dokumentarische Teil verdankt seine Existenz einer Aktion, die sich an eine Fakultätssitzung anschloß, zu der erstmals auch studentische Vertreter zugelassen waren und die vom damaligen De-

Streng

kan Papalekas abgebrochen wurde, nachdem er auf rabiate Weise eine Berufungsvorschlagsliste durchgepaukt hatte und nun studentischen Einwänden vorzubeugen trachtete.

Um die Machenschaften der Berufungspraxis jener Abteilung endlich einmal aufzudecken und damit den Betroffenen zugänglich zu machen, hatten die Studenten sich daraufhin der Korrespondenz des Dekanats bemächtigt, deren wichtigste Stücke fotokopiert und sie an die Fakultät zurückgeschickt. Obgleich angeforderte Gutachten die wissenschaftliche Qualifikation des Herrn Ronneberger eindeutig negierten, fand er sich dennoch plötzlich auf Platz 1 der vorgeschlagenen Berufungsliste vom Juli 1968. Seine Berufung wurde dadurch verunmöglicht, daß die Studenten kurz darauf seine Artikel aus dem „Völkischen Beobachter" veröffentlichten und damit zugleich die an der Abteilung geübten Berufungspraktiken in Mißkredit brachten.

Aus Papalekas' Korrespondenz läßt sich seine Freundschaft mit den Herren Winfried Martini, Armin Mohler, Franz Ronneberger, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing und ähnlich erlauchten Geistern tausendjähriger Blüte entnehmen. Auch Kesting beweist hier, wes Geistes Kind er ist, wenn

vertraulich!

er seinem Freunde Papalekas (im August 1963) die Lektüre von Paul Rassiniers „Zum Fall Eichmann — Was ist Wahrheit? oder Die unbelehrbaren Sieger" aus dem durch einschlägige Werke bereits hinreichend gekennzeichneten Drubbel-Verlag wärmstens empfiehlt. Solch gemeinsame Steckenpferde werden dazu beigetragen haben, diesen Herrn besonders empfehlenswert zu machen.

SDS-MV jeden Freitag um 19.30 Uhr in Baracke IX (SDS-Raum)
SDS-Schulungsprogramm: Jeden Samstag ab 15.00 Uhr in Baracke I (Psop-Raum). Zur Zeit wird noch Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital behandelt.
Seminar über die Herbststreiks Freitag, den 7. 11. um 14.30 Uhr, Hörsaal IB 4/48

Durst löscht man mit Schlegel

Studentenschaft -international

Nordirland

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß Bernadette Devlin von der „Justiz" der britischen Besatzung wegen Landfriedensbruchs gesucht wird. Sie ist inzwischen aus dem Untergrund aufgetaucht und hat sich den „Behörden" gestellt (siehe Bild). Der Prozeß soll am 8. Dezember verhandelt werden (12 Anklagepunkte). Wie man sieht, nimmt die Führerin des irischen Widerstands den Hokuspokus nicht gerade tierisch ernst.

Mexiko

Wir erwähnten an dieser Stelle bereits die schwierige Lage, in der sich die mexikanischen Studenten aufgrund der brutalen Polizeirepression befinden (s. BSZ Nr. 49).

Die Faschisten gehen jetzt bereits auch mit „brasilianischen" Methoden gegen sie vor, d. h. setzen bezahlte Mordkommandos gegen sie ein. Ende Oktober wurde der Jurastudent Miguel Parra Simpson, der in einem politischen Komitee der Fakultät mitarbeitete, umgebracht. Nach einer Welle des Protestes in der Bevölkerung nahm die Polizei ein Mitglied des „Nationalen Komitees zur Verteidigung der Volkserziehung" fest. Über dieses ominöse Komitee ist leider nichts zu erfahren.

Juan Sanchez Moreno, der mutmaßliche oder angebliche Mörder, sagte bisher nur aus, er habe 60 Pesos erhalten, um „Flugblätter zu verteilen". Zu seinem „Schutz" habe er auch eine Pistole erhalten. Von wem, weiß er nicht.

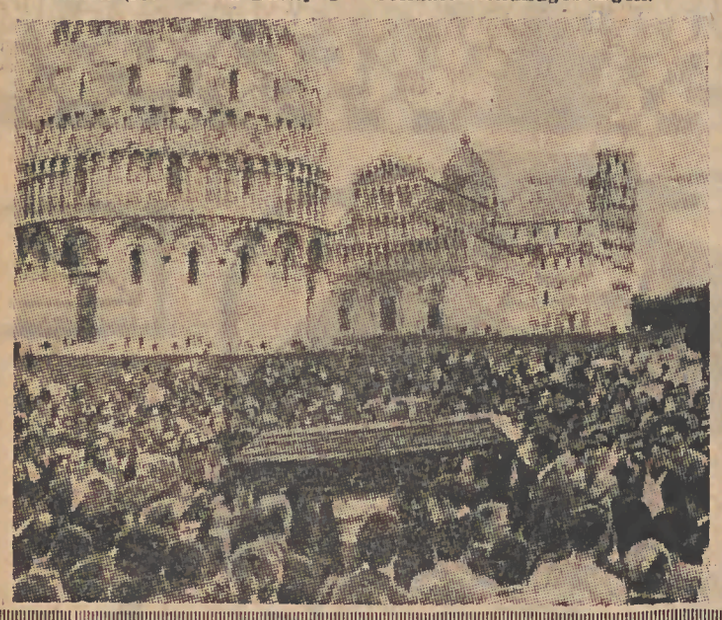
Italien

Nachdem bisher vor allem in Süditalien (Avola und Battipaglia) bei heftigen sozialen Revolten Demonstranten von der Polizei ermordet wurden, gab es jetzt auch nördlich von Rom das erste Opfer der Repression. In Pisa kam am 28. September der zweiundzwanzigjährige Student Cesare Pardini durch eine Polizeigranate ums Leben.

Über den genauen Hergang ist aus der bürgerlichen Presse natürlich nur völlig Widersprüchliches zu erfahren. Wir halten uns bei unserer Darstellung an „Le Monde", die noch am ehesten objektiv zu berichten scheint. Danach versuchten in der Woche vorher faschistische Studenten (sogenannte „Missini", d. h. Anhänger des faschistischen MSI), gemeinsam mit einigen rechtsradikalen Griechen, eine große Propagandaaktion für die griechische Junta an der Universität durchzuführen. Das ließen sich die sozialistischen Studenten nicht bieten und jagten die Faschisten aus der Universität. Die Missini gaben jedoch so schnell nicht auf und führten nun Propagandaaktionen in der Stadt durch. Die sozialistischen Studenten und Arbeiter antworteten mit Prodestkundgebungen.

Nachdem es bei diesen Zusammenstößen fünf Verletzte gegeben hatte, fand am Tag darauf eine große Protestdemonstration von über 10 000 Teilnehmern gegen das Wiedererwachen des italienischen Faschismus statt. Diese Demonstration wurde offiziell von der „Linken" unter Führung des revisionistischen PCI unterstützt. Die Bonzen wollten jedoch nur abwiegeln. Gegen Ende der Demonstration kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Revisionisten und Sozialisten: die Revisionisten wollten sang- und klanglos nach Hause trotten, die Sozialisten dagegen vor das Gebäude des MSI ziehen und den Faschisten (die ja nur diese Sprache verstehen) eine Lektion erteilen. Die Demonstration teilte sich, und über 3000 (nach „Le Monde") Studenten und Arbeiter schwenkten in Richtung MSI-Gebäude. In diesem Moment wurde die Polizei (mit stillem Einverständnis der Revisionisten) mit voller Wucht gegen die sozialistischen Demonstranten eingesetzt. Die Studenten und Arbeiter versuchten, sich durch Barrikaden zu schützen. Trotzdem wurde Cesare Pardini in die Brust getroffen.

Die Wut der fortschrittlichen italienischen Massen über dieses neue Opfer des bürgerlichen Polizeiapparates ist groß. Überall kam es zu Protest- und Solidaritätskundgebungen.



IL MANIFESTO ODER EIN KETZERGERICHT

Mitte Oktober saß das ZK der Kommunistischen Partei Italiens zu Gericht über eine Gruppe von Kommunisten, die inzwischen zwei Nummern einer theoretischen Zeitschrift namens IL MANIFESTO herausgebracht hatten. Der ungeheure Erfolg (für eine politisch-theoretische Zeitschrift, die 400 Lire kostet) dieses Unternehmens zeigte sich an der Auflagenentwicklung von Nummer 1 zu Nummer 2: von 45 000 auf 130 000.

Wer sind und was wollen die Herausgeber von IL MANIFESTO? Es handelt sich um eine „linksabweichlerische und abenteuerliche" (so die Parteibürokratie) Gruppe von Parteimitgliedern, die ihrerseits den Parteiapparat des PCI für rechtsabweichlerisch (das Wort revisionistisch wird bisher aus taktischen Gründen nicht gesagt, ist aber klar gemeint) und bürokratisch hält. Zu dieser Gruppe gehören vor allem Rossana Rossanda, Luigi Pintor, Aldo Natoli und Lucio Magri. Rossana Rossanda, halb Rosa Luxemburg, halb Pasionaria, hatte bereits auf dem letzten Parteitag mit einer Rede Aufsehen erregt, in der sie eine Kulturrevolution innerhalb der Partei forderte, um die bürokratischen Bonzen der Kritik der Basis auszusetzen und dadurch eventuell auszuschalten. Seither gilt sie als „maoistisch", obwohl das keinesfalls so ohne weiteres sicher ist. Bekanntlich sind die chinesischen Kommunisten seit langem der Ansicht, daß die KPI hoffnungslos revisionistisch und geradezu bürgerlich geworden ist. Viele Marxisten-Leninisten Italiens haben daher bereits den organisatorischen Bruch vollzogen und arbeiten in mehreren Organisationen mit dem Etikett ML (marxistisch-leninistisch). Diese Organisationen leiden jedoch unter ihrer Spaltung und unter mehr oder weniger starken Zügen von Sektierertum und Dogmatismus. Man wird deshalb zunächst die weitere Entwicklung abwarten müssen, um über Rossana Rossandas Strategie ein endgültiges Urteil fällen zu können.

Den Anstoß zu dem Ketzergericht hatten zwei Artikel der Nummer 2 geliefert: „Crisi, movimento, alternativa" von Lucio Magri sowie „Monolitismo imperfetto" von Aldo Natoli. Der erste beschäftigte sich mit der Lage in Italien, der zweite mit der kommunistischen Weltbewegung. Die Zwischentitel des ersten Artikels sind bereits aufschlußreich genug: „Die Fehler der französischen Linken vermeiden", „Die Bewegung für die Machtergreifung strukturieren". Magri verurteilte scharf den Verrat der KPF im Mai 1968 und warnte die Führer der KPI vor einem ähnlichen Verhalten. Er schlug dagegen eine „Restrukturation an der Basis" vor, d. h. unterstützte die überall in Italien außerhalb der großen Gewerkschaften entstehenden Streik- und Kampfkomitees, die meistens von „Maoisten" und „Abenteurern" (im Jargon der PCI-Bosse) geführt werden. Weiterhin schrieb er, daß die Kommunisten, die in diesen Basisorganisationen aktiv mitkämpften, sozusagen den Kern einer erneuerten Partei bilden könnten.

Noch deutlicher wurde der Artikel von Aldo Natoli. Die Moskauer Konferenz wurde darin gnadenlos kritisiert. Breschnjev, Ulbricht und Waldeck-Rochet wurde nachgesagt, in ihren Reden habe es nicht einmal einen „Ansatz von marxistischer Analyse" gegeben. „Über die Behandlung der China-Frage hieß es: „Die Rede Breschnjevs ist im übrigen voller schwerer propagandistischer Verdrehungen, die nicht als Diskussionsbasis akzeptiert werden können von all denen, die, wenn nicht ein Modell in der chinesischen Wirklichkeit sehen, so doch ihr durch eine marxistische Analyse näherkommen wollen und dabei sehr wohl wissen, daß sie es mit einer Revolution von historischer Bedeutung zu tun haben, die das Angesicht der Welt verändert hat." Das war schon ziemlich klar, und ebenso klar war das, was Natoli anschließend über die CSSR sagte.

Allessandro Natta und Luigi Longo fuhren dann auch im Namen des ZK schweres Geschütz gegen die Rebellen auf. Es ist interessant zu sehen, wie wenig sich die Argumente des Revisionismus in Moskau, Paris, bei der DKP und anderswo gegen den Marxismus-Leninismus unterscheiden: „Intellektualismus", „Voluntarismus", „Abenteurertum", „Spaltertätigkeit". Rossana Rossanda antwortete mit einer leidenschaftlichen, theoretisch haushoch überlegenen Rede, in der sie vor allem darauf hinwies, daß die „Einheit" einer sozialistischen Partei keine formal-organisatorische sein kann, daß sie vielmehr nur auf der Basis ideologischer und politischer Diskussion, ausgehend vom Marxismus-Leninismus nicht als Dogmensammlung, sondern als Einheit Theorie-Praxis verstanden werden kann. Noch einmal lehnte Rossana Rossanda die Linie des PCI über den „parlamentarischen Weg" klar und deutlich ab.

Das ZK beschloß schließlich, gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen, Nattas Verurteilung zu unterstützen. Allerdings kam es (diesmal noch) nicht zu einem Ausschluß. Der Fall IL MANIFESTO wurde auf die nächste Tagung im Dezember vertagt.

MORD

In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch fiel in Sao Paulo der vom brasilianischen Faschistenregime am meisten gehetzte Mann, der ehemalige kommunistische Parlamentsabgeordnete Carlos Marigela, den Schüssen der berüchtigten Polizei des Staates Sao Paulo zum Opfer.

Marigela gilt als Hauptverdächtiger an der Entführung des US-amerikanischen Botschafters Elbrick im September d. J. Die Entführer hatten damals die brasilianische Regierung dazu aufgefordert, eine Erklärung zu diesem Vorfall in allen großen Publikationsorganen des Landes zu veröffentlichen sowie die Freilassung von 15 politischen Häftlingen aus den staatlichen Folterkerkern und deren Ausfliegung nach Mexiko. Erst nachdem sich das Regime diesen demütigenden Bedingungen unterworfen hatte, war Elbrick wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

E. FISCHER-REBELL ODER RENEGAT

Ernst Fischers Ausschluß aus der KPÖ läßt Springers WELT beinahe weinen, denn der österreichische Literaturkritiker und fleißige Bücherschreiber ist Renommier-„Marxist" der bundesdeutschen Großbourgeoisie. Fischer bezeichnete nach seinem Ausschluß — der in der KPÖ nicht ohne einigen Wirbel ablief — die Partei als „absterbend": „In dieser Partei kann man nicht mehr für die Ideen des demokratischen Sozialismus kämpfen. Daher muß man den Kampf außerhalb dieser Partei führen."

Sein Ausschluß kam nicht unerwartet: Bereits im Januar dieses Jahres wurde er auf dem 20. Parteitag der KPÖ — wo die Delegierten gegeneinander zum Faustkampf antraten — nicht mehr ins ZK gewählt, aus „gesundheitlichen" Gründen. „Durchaus verständlich", kommentierte der 69jährige, „ich bin bereits derart ‚vertrottelt', daß ich beim Ausdruck ‚brüderliche Hilfe' nur noch an Panzer denke!" Seine Attacken gegen die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, die er wiederholt im westdeutschen Fernsehen abschießen durfte, hatten ihn bei den „Genossen" in Moskau und Ost-Berlin unbeliebt gemacht.

Seine Differenzen mit Moskau beginnen bereits Anfang der 60er Jahre. Noch 1957 lobte das NEUE DEUTSCHLAND Fischers 1948 geschriebenes Stück „Der große Verrat", der den Abfall Titos anprangert, mit den Worten: Fischer „entblößt das klassenkämpferische Triebwerk eines volksverräterischen Unternehmens, ... aus dem Freundschaftsverband der Volksdemokratien auszubrechen, sich von Moskau ‚loszusagen'."

Als Fischer sich jedoch 1965 mit dem DDR-Revisionisten Robert Havermann solidarisch erklärt, gegen die Anti-Biermann-Kampagne protestiert und sich für die Freilassung der sowjetischen Schriftsteller Daniel und Sinjawskij einsetzt, beginnt man, sich von ihm zu distanzieren. Seine ideologischen Differenzen beginnen auf der berühmten Prager Kafka-Konferenz 1963, auf der Fischers Aufforderung „Gebt Kafka ein Dauervisum!" Schlagzeilen in der westlichen Presse machten. Fischers Meinung: „Kafka ist ... ein Dichter, der uns alle angeht. Die Entfremdung des Menschen, die er mit der höchsten Intensität durchlebte, ist in der sozialistischen Welt mit Bestimmtheit nicht endgültig überwunden", wird Kernproblem seines künftigen Geschreibsels.

In seinem Opus „Kunst und Koexistenz" (1966) konstatiert er das Phänomen Entfremdung „nicht nur als Erlebnisbasis des Menschen im Kapitalismus, sondern als dieselbe Existenzangst des ‚neuen Menschen' in sozialistischen Gesellschaften".

Durch seine Metaphysik borniert, erkennt er also nicht die Entfremdung als historische Kategorie, die auf einer höheren Gesellschaftsstufe überwindbar ist, sondern in Überbetonung bestimmter Widersprüche im „sozialistischen" Lager kommt er zu dieser unwissenschaftlichen Vereinfachung. Bei Beckett gibt es Entfremdung und Deformation laut Fischer ebenso wie bei Solschenyzin. So einfach ist das. Bezeichnend ist Fischers Stellung zur Partei der Arbeiterklasse: „Der den Sozialismus bejahende Intellektuelle weiß, daß keine Idee ohne Organisation zu realisieren ist. Er weiß zugleich, daß jede Organisation diese Idee deformiert. Soll er daher, als Intellektueller, das Risiko der Organisation auf sich nehmen?" Ein wahrhaft tragischer Widerspruch, in den er sich und die „freischwebenden" Intellektuellen hineinmanövriert!

Mit seiner revisionistischen Überbewertung der Intellektuellen als der „Avantgarde aller großen Revolutionen" beruft er sich zu Unrecht auf Antonio Gramsci.

All die Äußerungen Fischers allerdings müssen am Zustand der österreichischen KP gemessen werden: Mit ihren 33 000 Mitgliedern, von denen zwei Drittel über 50 Jahre alt sind und 12 Prozent keinen Mitgliedsbeitrag zahlen, heftig hin- und hergerissen durch Fraktionskämpfe zwischen Revisionisten (Muhri) und Ultrarevisionisten (Marek), innenpolitisch ein ziemlich bedeutungsloses Häuflein, trotz (oder gerade wegen) revisionistischer Anbiederungsversuche an die SPÖ und an die Katholiken (Paulus-Gesellschaft), ist die KPÖ alles andere als eine Avantgarde des Proletariats. Fischers Essayband „Kunst und Koexistenz", der auf den unvorbereiteten Leser, besonders auf den Bildungsbürger, durchaus reizvoll wirkt und forsch Floretthiebe gegen „orthodoxe Überbauräte" und ähnliche verteilt, ist bei kritischer Beurteilung bestenfalls eklektizistisch: So verwendet er die positivistische Konzeption des US-amerikanischen Soziologen C. Wright Mills zum Erweis der „friedlichen" Absichten von Herrn Kennedy (Schweinebucht). Schärfere Konturen sind diesem vagen Elaborat nicht abzugewinnen. Sein revisionistischer Angriff auf den ihm völlig unbekannten Marxismus-Leninismus wird deutlicher in seinem Buch „Was Marx wirklich sagte" (1968), in dem er versucht, das ganze Marx'sche Werk anthropologisch umzudeuten. Zentralmotiv ist der Traum vom ganzen Menschen, der aus Aufklärung, Renaissance und Romantik in Philosophie und Literatur hergeleitet wird und den Marx vollendet haben soll, ohne Änderung der Quantität in eine neue Qualität, d. h. ohne revolutionären Umbruch. Bezeichnend für Fischers Revisionismus ist seine Interpretationspluralität des Marxismus.

Seine Einstellung zum Industriezeitalter, das durch „Verselbständigung ungeheurer Machtapparate, Technisierung" usw. gekennzeichnet ist, riecht eher nach Konvergenztheorie im Sinne von Galbraith, als nach marxistisch-leninistischer Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche im „sozialistischen" Lager.

In einem SPIEGEL-Gespräch (noch vor dem Einmarsch in die CSSR) äußert er sich konkret über seine Vorstellungen vom demokratischen Sozialismus: „Die führende Rolle der kommunistischen Partei kann nicht dekretiert werden. Man muß versuchen, als Kommunist klüger, vernünftiger, gedankenreicher, wissender, gebildeter zu sein als andere Menschen. Nur darin kann die führende Rolle der Partei bestehen." Also nicht mehr organisatorische Avantgarde des Proletariats durch das Rüstzeug des Marxismus-Leninismus, sondern Intellektuelle, die mit bürgerlichem Wissen vollgestopft sind.

Dieser langjährige Wiener Chefideologe der KPÖ beeinflußte mit seinem revisionistischen Geschwätz die 1945 ins Leben gerufene Freie Österreichische Jugend (FÖJ). Nach Fischers Hutnahme soll auch diese „Hausmacht" aufgelöst werden. An ihre Stelle nun soll mit Hilfe von „Beratern" aus der DDR eine neue „kommunistische" Jugendbewegung kreiert werden.

Ob Sie op, Pop, Jugendstil oder eine andere Richtung mögen, ob Sie Beat oder Jazz lieben, — old timer oder Omas Nickelbrille — ganz gleich. Es gehört zur heutigen Zeit, zu jungen Menschen und modernem Leben.

Daneben gibt es aber auch noch andere Dinge, die zur heutigen Zeit gehören. Z. B. gesicherter Schutz im Krankheitsfall. — Sorgen Sie vor für den Fall, daß Sie mal in Sorgen kommen könnten.

Den Studenten, die die Beamtenlaufbahn einschlagen wollen, bieten wir für die Dauer ihres Studiums einen umfassenden Versicherungsschutz nach unserem Sondertarif Ab 9 zu einem für Sie tragbaren Beitrag.

Sprechen Sie doch mal mit uns — auch über eine Lebensversicherung. In beiden Sparten hat Ihnen die Debeka eine Menge zu bieten.

VERTRAUEN NÜTZT-
VERTRAUEN SCHÜTZT

Debeka Krankenversicherungsverein a. G. Lebensversicherungsverein a. G.
HAUPTVERWALTUNG · 54 KOBLENZ · EUDALLEE 15—19

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS- Bochum - Südring 19

LOEWE
ADOLF LOEWE
Büromaschinen · Möbel · Organisation
Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG
Zweigstelle Ruhr-Universität Lennershofstr. 70 Tel.: 511315
Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel.: 511012
Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum
Huestraße 21-25

Befreiungskampf der Araber

Libanon ist einer der am meisten entwickelten arabischen Staaten, er weist den höchsten Lebensstandard im mittleren Osten auf. Seinen Entwicklungsvorsprung verdankt das Land den besonders günstigen Anlagebedingungen für ausländische als auch arabische Investitionen. Beirut ist faktisch die Bank des Orients.

Die arabischen Investoren sind die reaktionären Scheichs aus Kuwait und Saudiarabien sowie die reichen Großgrundbesitzer und Erdölbeteiligten aus Irak und Syrien, denen seit der Verstaatlichung in diesen Ländern dort der Boden entzogen ist. Abgesehen davon ist Libanon als Touristenzentrum beliebt.

Seit dem israelischen Überfall auf den internationalen Flughafen von Beirut vor einigen Monaten ist Libanon zum Schauplatz des Nahostkonflikts geworden.

Nach dem Überfall kam es zu massenhaften Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Unfähigkeit ihrer Regierung und Armee. Man forderte mehr Bewegungsfreiheit für die Partisanen. Im Verlauf einer Regierungskrise beauftragte der Staatspräsident Houlou den nationalgesonnenen Millionär Karame mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Karame versprach den Partisanen 400 000 DM jährlich und glaubte, sich auf diese Weise von ihren Aktionen freigekauft zu haben. Seit zwei Wochen ist der Konflikt offensichtlich: reguläre Armee und Partisanen lieferten sich blutige Gefechte.

Lange Zeit hat die libanesische Regierung sich aus dem Nahostkonflikt herausgehalten, und in der Tat kam es kaum zu nennenswerten Grenzzwischenfällen zwischen Libanon und Israel, während Grenzzwischenfälle zwischen Israel und Syrien sowie Jordanien zur Tagesordnung gehören.

Nach dem Sieben-Tage-Krieg vom Juni 1967 nahm der Konflikt für alle Beteiligten (arabische Staaten, palästinensische Bevölkerung, Staat Israel) neue Formen an: die Widerstandsbewegung im besetzten Gebiet begann sich zu formieren, in Jordanien, Syrien und Libanon wurden militärische Ausbildungslager eingerichtet, von wo aus Aktionen gegen Israel eingeleitet wurden.

Libanon versuchte, sich weiterhin zwischen den Fronten neutral hindurchzulavieren, um sich den israelischen Vergeltungsschlägen zu entziehen.

Jedoch kann sich kein arabischer Staat, und schon gar nicht einer, der an Israel grenzt, den Luxus erlauben, neutral zu sein. Die Geschichte Palästinas steht in einer dialektischen Beziehung zur politischen Entwicklung in dieser Region, und diese Entwicklung weitet sich zu einer Auseinandersetzung von weltpolitischen Ausmaßen aus.

Der historische Hintergrund ist für die Gewinnung eines angemessenen Eindrucks des Konflikts von äußerster Wichtigkeit.

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, des „kranken Mannes am Bosporus", der durch die europäischen Industriestaaten forciert wurde, kamen die arabischen Länder unter den Einfluß der damals stärksten Kolonialmächte England und Frankreich.

Diese Mächte stellten bald fest, daß sie diese Gebiete nicht mehr als unmittelbare Kolonien beherrschen konnten, da die arabische Bourgeoisie von starkem Drang nach nationaler Selbstbestimmung erfüllt war. Sie begünstigten daher die Bildung nationaler Regierungen und erklärten deren Souveränität. Die Struktur dieser Regimes war feudalistisch: bald schon sollte sich zeigen, daß die Interessen der Imperialisten und der arabischen Regimes eine gemeinsame Front gegen die Bevölkerung bildeten; die Imperialisten schützten die Interessen und die Privilegienstellung dieser Regimes gegen die Bevölkerung, die Regimes kamen den Imperialisten bei der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Ziele (Ausbeutung der Erdölquellen, des Schwefels und anderer Bodenschätze) entgegen. Die Aufnahme dieser Regimes ins Lager der Konterrevolution gelang völlig. Diese Regimes sahen der Einwanderung von europäischen Juden als Vorposten des Imperialismus tatenlos zu und begnügten sich mit Appellen, England möge die Lebensrechte der arabischen Bevölkerung berücksichtigen. Da diese Regimes nicht in der Lage waren, in ihren eigenen Ländern eine unabhängige Politik zu entwickeln, waren sie erst recht nicht in der Lage, in der Palästinafrage etwas zu unternehmen. Diese Regimes waren außerstande, den imperialistischen Plänen durch bewaffnete Aufstände zu begegnen, da sie die Volkserhebung mehr fürchten mußten als die Imperialisten.

Die Gründung des Staates Israel 1948 war eine Niederlage der herrschenden Klasse in den arabischen Ländern. Die Kleinbourgeoisie lehnte sich erfolgreich gegen die feudalen Regimes auf: in Ägypten wurde 1952 Faruk gestürzt und von der Nasser-Gruppe abgelöst, in Syrien kam Mitte der 50er Jahre die Baath-Partei an die Macht, im Irak stürzten Offiziere 1958 die Monarchie.

Diese nationalen Regierungen versuchten, eine den Interessen ihrer Länder mehr entsprechende Politik zu betreiben, indem sie Initiativen zu deren Industrialisierung (Leichtindustrie) und Elektrifizierung ergriffen. Es gelang ihnen jedoch nicht, aus den Zwängen des kapitalistischen Weltmarktes auszubrechen, und damit blieben sie von den kapitalistischen Mächten abhängig. Ihre Agrarreform gedieh nicht zu einer Änderung der Produktionsverhältnisse. Ihre tendenziell antiimperialistische Politik konnte die Probleme der nationalen Befreiungsbewegung in Palästina und den anderen arabischen Ländern nicht lösen.

Die arabischen Massen (Bauern, Erdölarbeiter, Kleinhändler usw.) haben ihnen die Befreiung Palästinas anvertraut, und sie haben sich nur mit revolutionären Parolen begnügt. Und durch ihre Stellung an den Schalthebeln der Macht standen sie an der Spitze der sozialen Pyramide und versuchten, ihre Position zu behaupten. Armeen und andere Staatseinrichtungen wurden von Korruption beherrscht, dennoch proklamierte man den Anspruch, die palästinensische Frage zugunsten des palästinensischen Volkes zu lösen.

Die Niederlage vom Juni 1967 stellte die Herrschaft der Kleinbourgeoisie in allen arabischen Ländern in Frage. Die Widerstandsbewegung in Palästina zog die Lehre aus der Juni-Niederlage. Die Palästinenser nahmen ihre Probleme in die eigene Hand — und werden sie durch die Analyse der geschichtlichen Entwicklung im arabischen Raum im Rahmen der weltpolitischen Auseinandersetzung lösen. Ihre Formel lautet: Langjähriger revolutionärer Volkskrieg und Einbeziehung der arabischen Länder in diesen, wobei sie sich ihrer regulären traditionellen Armeen entledigen müssen und auf einen langjährigen Guerillakrieg in Anlehnung an die Ideen Mao Tsetungs einrichten. — Wie es Nasser 1948 richtig erkannt hatte, geschieht „die Befreiung Palästinas" zuerst in Kairo, weil Kairo mit den Imperialisten verbunden ist. Ebenso wie der Weg zur Befreiung Palästinas erst die Abschaffung der Feudalregimes bewirkte, muß er die Regimes der Kleinbourgeoisie beseitigen, die jede revolutionäre Entwicklung vermeiden und den Konflikt auf diplomatischer Ebene lösen wollen.

Arabische Guerrilleros bei der Ausbildung

Ausländer-„Betreuung"

Zu Beginn eines jeden Semesters haben die ausländischen Studenten an der Ruhr-Universität das Glück, für einen Abend „betreut" zu werden. Mit bewundernswertem persönlichen und organisatorisch-diktatorischen Geschick versammelt Verwaltungsangestellte Lingemann („Ich heiße Fräulein (!) Lingemann"), Sekretärin und Kontaktperson im Akademischen Auslandsamt der RUB, unsere „lieben ausländischen Kommilitoninnen und Kommilitonen" aus der ersten bis dritten Welt zu einem gemütlich-schwülstigen „Beisammensein", um bei Wein, Gesang und Tanz echt deutsche Fröhlichkeit zu vermitteln.

Für diesesmal, Anfang letzter Woche, war ein Saal der „Bürgerstuben" (welch passende Bezeichnung!) dazu auserkoren, „Stätte der Begegnung" zu sein.

Ehe man sich an einem der langen Tische niederlassen und beim hauseigenen Kellner sein (nicht gerade preiswertes) Bier bestellen durfte, war man bereits 1 DM für Eintritt und 30 Pf. für Garderobe losgeworden. Sogleich hob die 3-Mann-Kapelle in goldglitzernden Jacken an zu musizieren und zu singen, und was sie sang, war in der Tat eine Lust, eine Waldeslu-u-ust sozusagen, echt deutsches Kulturgut: da schnulzte es von Träumen, Sehnsucht und Lie-iebe. Textprobe: „Bleib bei mir, Rosemarie-ie-ie . . . dann bleib ich bei dir . . ." oder: „Die Liebe ist rot, deine Augen sind blau, es ist, als ob ich in den Himmel schau . . ."

Da wurde der Marsch geblasen: „Wenn wir erklimmen . . . Bergvagabunden sind wir . . ."

Da wurden alle Register gezogen: „Balla balla" bis La Bostella mit einer „Häschen in der Grube"-Einlage (Fehlte nur das Bi-ba-Butzemann-Spiel).

Da gab man sich witzig: ein Student wird gebeten, auf zwei Stühlen hin- und herzugehen. Kommentar: „Der Mann hat einen geregelten Stuhlgang!" (Den wünschen wir Fräulein Lingemann auch!)

Da wurde zum Tanzen animiert, indem Fräulein Lingemann durch den Saal lief und den Damen an den Tischen ein trotziges „Warum tanzen Sie nicht?" zurief. Da wurden Tanzspiele arrangiert: „Alles im Kreis gehen, anschließen!"

Da wurden Miß-Worlds gewählt, kleine Geschenke ausgeteilt, da wurde in Stimmung gemacht. Da wurden (von denen, die es konnten) Tango und Foxtrott getanzt.

Kurzum: da waren wir für dieses Semester mal wieder fein „betreut" worden.

Wir möchten hier, was wir schon an jenem Abend sagten, ausdrücklich wiederholen: Auf solche „Betreuung" können wir verzichten! Sollte sich die Aktivität des Akademischen Auslandsamtes auf die Durchführung von Deutschkursen und die Überprüfung der Hochschulreife beschränken, dann kann das Geld, das für Kindergartenfeste in Bürgerstuben ausgegeben wird, für bessere Zwecke verwandt werden, z. B. für die Unterstützung mittelloser Ausländer.

Wir meinen, daß eine Person, die den ersten „Kontakt" zu den ausländischen Studenten aufnimmt und diese in die Gruppen „sympathisch" und „unsympathisch" einteilt (namentlich unsere Kommilitonen aus Afrika fühlen sich von der Art der Behandlung durch eben diese Dame diskriminiert), die dazu noch über nur geringe Fremdsprachenkenntnisse verfügt (trotz ihrem Abitur), für das ehrenwerte Akademische Auslandsamt der RUB nicht gerade eine Empfehlung ist. —mt—

Urteil

In einem Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs (Mannheim) wurde kürzlich unwiderruflich entschieden, daß die Protokolle des mündlichen Staatsexamens dem Kandidaten hinterher zugänglich sein müssen. Dem Urteil war ein Verfahren vorausgegangen, das ein Heidelberger Altphilologiestudent im Juni 1968 gegen das Land angestrengt hatte. Das Gericht entschied, daß auch persönliche Bewertungsvermerke des Protokollführers das Protokoll nicht zu einer geheimen Sache machen.

Kommilitonen, verschafft Euch massenhaft Zugang zu Euren Prüfungsunterlagen und, wenn Euch die Note nicht befriedigt, veröffentlicht sie!

Juristen:

Wertenbruch

Am 30. 10. 1969 brach der Professor Wertenbruch die erste Klausur im Öffentlichen Recht für Anfänger noch vor Beginn ab, weil seiner Meinung nach Texte vorzeitig eigenmächtig angeeignet worden waren. Es hatte sich hierbei um die Klausurentexte gehandelt, die der Assistent Rode zehn Minuten vor Beginn der Übung in einem offenen Karton im Hörsaal abgestellt hatte. Die Wegnahme der Texte erfolgte vor den Augen des nicht eingreifenden Assistenten. Obwohl die Mehrheit der Übungsteilnehmer darauf bestand, die Klausur zu schreiben, verließ W. den Hörsaal und lehnte auch auf ausdrückliches Verlangen der Studenten jede Diskussion über seine Entscheidung und deren Begründung ab.

Ein großer Teil (ca. 70—100) der Übungsteilnehmer folgte ihm, um dennoch mit ihm diskutieren zu können. Auf Anfragen einzelner Studenten reagierte W. mit folgenden Äußerungen: „Ich diskutiere nicht mit Ihnen!" — „Wenn Sie mit mir diskutieren wollen, ist das Nötigung!" — „Wenn Sie mir noch weiter auf die Nerven fallen, stelle ich gegen Sie Strafantrag wegen Nötigung!" Circa 50 Studenten folgten ihm weiter und versuchten immer noch, mit ihm zu diskutieren.

Hinter IC, aber noch auf Universitätsgelände, bestieg der Assistent R., der die ganze Zeit an der Seite seines Professors ausgeharrt hatte, seinen BMW 2002 mit dem polizeilichen Kennzeichen EN-KJ 40, startete mit Vollgas und setzte rückwärts aus der Parklücke. Dabei konnten sich zwei Studenten nur durch einen geistesgegenwärtigen Sprung zur Seite in letzter Sekunde retten. Während W. in den Wagen einstieg, versammelten sich ein Dutzend Studenten vor dem Auto, um dessen Abfahrt zu verhindern. W. stieg wieder aus und sagte, obwohl Studenten ihn weder körperlich noch verbal bedroht oder gar berührt hatten: „Das ist Nötigung! Ich mache gleich von meinem Notwehrrecht Gebrauch!" Dann forderte er einen Studenten auf, ihm seinen Namen anzugeben, und bezeichnete ihn als den Anführer. Als dieser sich weigerte, seinen Namen zu nennen, sagte W., er werde diesen Namen noch herausbekommen. Während W. wieder einstieg, sagte R. zu einem Studenten aus dem Wagen heraus: „Es ist mir jetzt egal, ob ich jemanden verletze, ich fahre gleich los!" Danach fuhr er sofort, ohne Vorwarnung, mit Vollgas los auf die vor dem Wagen versammelten Studenten, die sich nur durch schnelle Sprünge retten konnten.

ORENSTEIN & KOPPEL

Orenstein & Koppel AG, Hydraulikbagger- und Waggon-Fabrik, an der mit 51 Prozent Aktienmehrheit der Hoesch-Konzern beteiligt ist, Filiale Dortmund, mit einer Belegschaft von ca. 1200. Die Lehrwerkstatt hat Lehrplätze für ca. 120 Jugendliche, und daher genießt der Betrieb bei der Dortmunder Industrie- und Handelskammer, vor der die Lehrprüfungen abzuhalten sind, einen guten Ruf und entsprechenden Einfluß. Gemäß Jugendarbeitsschutzgesetz (JASG) durften sich die Lehrlinge eine eigene Jugendvertretung (5 Mann) wählen, der das Werk äußerst großzügig einen ansonsten ungenutzten Heizungskellermann neben den Duschkabinen als Tagungsort zugebilligt hat.

Von den rund 170 monatlichen Arbeitsstunden verbringen die Lehrlinge 135 im Betrieb (35 in der Berufsschule), davon jedoch nur 35 in der Lehrwerkstatt, während sie in den übrigen 100 Stunden als billige Arbeitskräfte in der Produktion verschlurrt werden. 14- bis 15-jährige aus der Grundausbildung herausgezogen und unter gleichzeitiger Mißachtung der Aufsichtspflicht an gefährlichen Maschinen (z. B. Schere) beschäftigt.

Eine für diesen Betrieb typische Begebenheit.

Am Donnerstag, dem 25. September, gegen 14.30 Uhr ging Ausbilder Kraft handgreiflich gegen einen Lehrling vor, indem er ihn durch Prügel und An-den-Haaren-Zerren zu Gehorsam zwingen wollte. Als daraufhin der gewählte Jugendvertreter, der 16jährige Manfred Hanke, sich einmischte und den Ausbilder auf § 45 JASG — wonach körperliche Züchtigung eines Lehrlings untersagt ist — hinwies, explodierte K: „Was hast du denn damit zu tun?!" Der Jugendvertreter ließ sich nicht aus der Ruhe bringen, sondern wies auf seine dem Ausbilder ohnehin bekannte Funktion hin, wurde jedoch weiterhin unter Verwünschungen zurückgewiesen, ja, er mußte sich wegen dieses Disputs anschließend bei Ausbildungsmeister G. melden. Dieser ließ ihn erst gar nicht zu Wort kommen, sondern fuhr ihn sogleich erbost an: „Deine Tätigkeit als Jugendvertreter erkenne ich nicht an . . . Beschwere dich beim Betriebsratsvorsitzenden F. oder woanders, das ist mir egal . . . **Wenn du hier oben noch mal den Mund aufmachst, schlage ich dich zusammen, und wenn ich dafür ins Zuchthaus geh!"**

Da jedoch die Frühschicht schon Feierabend hatte, konnte Hanke den Betriebsrat nicht mehr erreichen; auch von den anderen Jugendvertretern war niemand mehr im Betrieb. Noch 1½ Stunden später hatte sich Ausbilder K. nicht beruhigt: Beim Stechen der Stempelkarten um 16 Uhr wurde er Hankes ansichtig und beschimpfte ihn im Beisein der Arbeitskollegen mehrmals: „So was muß man sich von so einem Rotzblag bieten lassen!"

Hanke, der am folgenden Tag Berufsschulunterricht hatte und daher nicht im Betrieb war, erkundigte sich am Nachmittag bei der Hörder Ortsleitung der IG Metall, wie er sich verhalten sollte, zumal er in die Aktivität des Betriebsrats wegen dessen bisheriger Lahmarschigkeit kein Vertrauen hatte. Die Gewerkschaftsvertretung jedoch verwies ihn an den Betriebsrat zurück, der nicht übergangen werden dürfe.

So meldete sich Hanke am folgenden Montag (29. 9.) bei Betriebsratsvorsitzenden F.

Als er das Betriebsratszimmer verließ — er hatte sich für die Unterredung selbstredend von seinem Arbeitsplatz abmelden müssen — traf er auf Ausbildungsleiter H., der ihm im Beisein von Ausbildungsleiter G. drohte: „Wenn so was (gemeint war das Einschreiten bei der Verprügelung des Lehrlings — die Red.) noch mal vorkommt, wirst du fristlos entlassen!"

Da Entlassungen von Lehrlingen wegen Lappalien in diesem Betrieb schon öfter vorgekommen waren, wies Hanke darauf hin, daß er nur seinen Pflichten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nachgekommen sei, worauf die beiden Ausbilder sich wütend auf die Seite des Prüglers stellten und Hanke als Miststück und Schwein beschimpften. Zitat: „Wir werden für deine Ausbildung keinen Finger mehr rühren. Wenn du deine Schnauze nicht hältst, schlage ich dich zusammen!" Sonderlich viele Finger hatten sich für Lehrlingsausbildung ohnehin nicht gerührt. Jugendvertreter Hanke wollte sich nun mit dem mißhandelten Lehrling in Verbindung setzen und erbat sich von Ausbilder W. die Genehmigung zu einem Gespräch mit dem Lehrling, wozu er nach § 53 Betriebsverfassungsgesetz berechtigt ist. Er wurde jedoch von Ausbilder G. unter Prügelandrohung aus der Werkstatt gewiesen.

Wie an der Tatsache, daß die Lehrlinge hauptsächlich zur Produktion herangezogen werden, zeigte auch in diesem Fall der Betriebsrat wenig Interesse, von seinem Mitbestimmungsrecht (§ 56 BVG) Gebrauch zu machen; (Hanke: „Der geht doch bei Betriebsleiter Hillebrandt aus und ein. Seine Frau darf einen werkseigenen Wagen fahren . . .") ja selbst zu einer Audienz ließ sich der Herr erst 2 Wochen später herab . . . Offensichtlich hält er es für unter seiner Würde, sich mit den Jugendlichen im Werk überhaupt abzugeben.

Etwa einen Monat später sollte Hanke die Quittung für sein Verhalten bekommen. Am Montag vergangener Woche wurde sein Lehrverhältnis mit Zustimmung seiner Eltern gelöst. Voraufgegangen war eine Androhung einer fristlosen Kündigung, für die die Werksleitung sich 10 „Begründungen" hatte einfallen lassen, deren ernstzunehmenste im Vorwurf der Sabotage bestand: Hanke hatte, was jedem Lehrling mehrmals unterlief, eine Schablone schrottgefeilt, woraufhin ihn der Ausbilder sogleich der Sabotage bezichtigte und ihm fristlose Kündigung androhte. Daß Hanke diese groteske Unterstellung mit Lachen beantwortete, wurde ihm als Lächerlichmachung des Vorgesetzten ausgelegt. Ferner wurde ihm vorgeworfen, den Ausbilder Kraft angesprungen zu haben, was völlig aus der Luft gegriffen war, und ähnliche Dinge mehr.

Die Eltern des Lehrlings hatten sich in Unkenntnis des wahren Sachverhaltes von der Entlassungsdrohung einschüchtern lassen und einer „gütlichen" Lösung des Lehrverhältnisses zugestimmt, da im Entlassungsfall die Chance gering gewesen wäre, eine neue Lehrstelle zu finden. Ferner verpflichteten sie sich, keine Schadensersatzklage anzustrengen, sowie über die Vorfälle Stillschweigen zu wahren. Ein gerichtliches Vorgehen war Hanke damit verbaut worden, wie ihm in einem Arbeitsrechtsseminar an der RUB ausdrücklich bestätigt wurde. Weder Betriebsrat noch Gewerkschaft wollten sich die Finger verbrennen.

Manche Lehrlinge haben aber bereits begriffen, daß sie ihre Interessen nur wirksam selbst wahrnehmen können, indem sie sich außer- und innerbetrieblich zusammenschließen. In verschiedenen Städten der BRD haben sich Organisationen aus Schülern, Lehrlingen und Jungarbeitern gebildet, die sich im Kampf gegen derartige Verhältnisse systematisch schulen, wie z. B. die Rote Garde Essen.

Marburg:

Streik

Der AStA der Uni Marburg kündigte an, daß er im Laufe des Wintersemesters zum Generalstreik aufrufen werde, falls die Hessische Kultusbürokratie keine entscheidenden Maßnahmen zur Behebung des personellen Mißstandes und des u. a. dadurch bedingten Numerus clausus ergreifen sollte. Gleichzeitig werde er einen Musterprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützen, der eine Klärung über Rechtmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit der Zulassungsbeschränkungen nach dem N. C. herbeiführen soll. Durch den Generalstreik wolle der AStA die Öffentlichkeit auf „die nicht länger erträglichen Verhältnisse an den Hochschulen" aufmerksam machen. Der AStA dokumentierte die katastrophale Lage u. a. mit folgenden Zahlen: Von 807 Bewerbern für das Studium der Zahnmedizin wurden 10 angenommen, was einer Quote von 1,3 Prozent entspricht. Ein Sprecher der Fachschaften teilte mit, man werde im Bündnis mit den Schülern legitime Maßnahmen gegen „diese grundgesetzwidrigen Handlungen der Bürokratie" ergreifen, „um dem Grundgesetz in dieser Gesellschaft zur Geltung zu verhelfen."

NEBENVERDIENST

Frustrierte RUBbler, bringt Euren Samen per Injektion an die Frau! Der AStA vermittelt: Probewichs 20 Eier; wenn brauchbar: 200!

Ein Teppich ist kein Nebenartikel!

Man kauft ihn vorteilhaft beim Spezialisten. Keil [+] Kath bietet Ihnen alle Vorzüge des großen Fachgeschäftes. Sie merken es an Auswahl, Beratung und Kundendienst.

EIN GUTER RAT:
TEPPICHE VON KEIL & KATH
BOCHUM, BONGARDSTR. 28, AN DER PAULUS-KIRCHE

was trinken wir?

Schultheiss Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

Geschafft!

Das Studium liegt hinter ihm.

Morgen holt er die Exmatrikel. Dann beginnt der Existenzkampf. Einen zuverlässigen Partner hat er schon: die DKV.

Ja, Europas größte Privat-Krankenversicherung steht dem jungen Akademiker zur Seite. Im nahtlosen Anschluß an die Studentische Krankenversorgung. Ohne Wartezeiten. Dazu Privatpatient mit allen Annehmlichkeiten.

Conditio sine qua non: der nahtlose Anschluß ist termingebunden. Zwei Monate nach der Exmatrikulation muß er über die Bühne sein!

Wenn Sie schon während des Studiums besondere Krankenversicherungs-Wünsche haben - z.B. eine Krankenhaustagegeld-Versicherung - zitieren Sie bitte den DKV-Studentenberater. Bei der nächsten DKV-Filiale. (Im Telefonbuch leicht zu finden.)

GUTE Besserung mit der DKV
DEUTSCHE KRANKENVERSICHERUNGS-A.-G.
Filialdirektion Bochum · Kortumstr. 66
Tel. 60546-48

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

Spielplan für die Zeit vom 6. November bis 23. November 1969
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN!

SCHAUSPIELHAUS			KAMMERSPIELE	
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Do. 6. 11.	20.00	3. KAMMERKONZERT
20.00	DIE HOCHZEIT DES FIGARO / v. Mozart Premiere (G)	Fr. 7. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER / v. Fielding	Sa. 8. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	So. 9. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Mo. 10. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Di. 11. 11.		Keine Vorstellung
	Keine Vorstellung	Mi. 12. 11.	20.00	ALLES IM GARTEN von Albee; Premiere
20.00	3. HAUPTKONZERT	Do. 13. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	3. HAUPTKONZERT Wiederholung	Fr. 14. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	JEDEM DIE SEINE von Schmiefert (G)	Sa. 15. 11.	20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES / von Brecht
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	So. 16. 11.		Keine Vorstellung
20.00	MY FAIR LADY von Loewe (G)	Mo. 17. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Di. 18. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow	Mi. 19. 11.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow	Do. 20. 11.	20.00	1. KONZERT MUSICA VIVA
20.00	KÖNIG RICHARD III von Shakespeare; Premiere	Fr. 21. 11.		Keine Vorstellung
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Sa. 22. 11.		Keine Vorstellung
20.00	KÖNIG RICHARD III von Shakespeare	So. 23. 11.	20.00	ALLES IM GARTEN von Albee

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier

Karten für Studierende an der Abendkasse (ab ½ Stunde vor Beginn der Vorstellung) zum Preis von DM 2,— auf allen Plätzen — solange der Vorrat reicht.

Leussink, Balke & Co.

„Grundlegende Reformen in Bildung und Forschung sind zugleich Bedingung für die zukünftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes." (W. Brandt in der Regierungserklärung vom 26. 10. 1969).

„Auf die Dauer können Stabilität und Wachstum nur in einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung erreicht werden. Ein wirksamer Wettbewerb nach innen und nach außen ist und bleibt die sicherste Gewähr für die Leistungskraft einer Volkswirtschaft." (W. B.; s. o.)

Daraus folgt:

Stabilität und Wachstum als Leistung einer marktwirtschaftlich geordneten Volkswirtschaft hängen unmittelbar von der Wettbewerbsfähigkeit des wirtschaftlichen Systems ab. Da Bildung und Forschung Wettbewerbsfähigkeit garantieren, müssen sie, entsprechend ihrer Funktion, nach Kriterien der herrschenden marktwirtschaftlichen Ordnung reformiert werden, wollen sie nicht unsere freiheitlich-demokratische bzw. privatwirtschaftlich-profitorientierte Grundordnung in Frage stellen. Da dies nicht der Fall sein soll und darf, sind Bildungs- und Forschungswesen also entsprechend ihrer Funktion als „Rohstofflieferant" zu strukturieren bzw. nach „freien" großkapitalistischen Gesichtspunkten grundlegend zu „reformieren".

„Fragen der Personalstruktur stehen zunächst im Mittelpunkt. Für Hochschulen und staatliche Forschungseinrichtungen müssen wirksame Vorschläge für die Überwindung überalteter hierarchischer Formen (! nicht Strukturen; Anm. des Verfassers!) vorgelegt werden." (W. Brandt, s. o.)

Sie sind vorgelegt, sogar von unmittelbar Betroffenen, z. B. vom „Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine", einem Koordinationsorgan namhafter Unternehmerverbände. Der Verbandsvorsitzende, der ehemalige CDU-Minister Balke, unterbreitete dem Berliner Kultursenator Evers in einem Brief vom 28. 8. 69 u. a. folgende Vorschläge zur „Überwindung alter, hierarchischer Formen": ... Die Beziehungen der Wirtschaft zur Wissenschaft sind sehr vielfältig und beschränken sich nicht etwa auf die wirtschaftseigene Forschung. Diese hat, was ich im einzelnen nicht zu belegen brauche, eine erhebliche Bedeutung für das Leistungsniveau unserer (wessen?; A.d.V.) gesamten Wirtschaft — und schon eine einzige Zahl läßt erkennen, welchen materiellen Umfang die Forschung und Entwicklung in unserer Wirtschaft genommen hat. Augenblicklich werden rund 6 Milliarden DM in Jahr für diesen Zweck aufgewandt.

. . . wechselseitige Verflechtung ist für die Hochschulinstitute eine wesentliche Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit geworden, denn Forschungsaufträge der Industrie auf Gebieten, die das Potential der Wirtschaft übersteigen oder dem Arbeitsbereich nicht entsprechen, sind ein wesentlicher Faktor für das Leistungsniveau der Hochschulen auf ihren eigenen Forschungsgebieten ... Nicht zuletzt dient diese gemeinsame Anstrengung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses aller Kategorien. Der Deutsche Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine, dessen Rolle in wirtschaftspolitischer Hinsicht ich als bekannt voraussetzen darf, bemüht sich seit Jahren mit den ihm zugänglichen Mitteln, eine Gefährdung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen zu verhindern.

... Am bedrohlichsten sind (...) Anzeichen einer besorgniserregenden Entwicklung, die von den Hochschulgesetzen ausgehen können. Die extreme Gegnerschaft gewisser studentischer Kreise gegen jede Art der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen bzw. Forschungsinstitutionen, die zur Aufstellung des Begriffes „Vernichtungswissenschaftler" geführt hat, soll in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Aktueller sind aber mögliche Regelungen, die aus Ansprüchen im Zuge der unruhigen Bildungspolitik erwachsen, wonach über Forschungsvorhaben an den Hochschulen künftig durch Gremien entschieden werden soll, deren Kompetenz nicht auf Sachkunde beruht.

... Der Verband Deutscher Technisch-Wissenschaftlicher Vereine muß mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Förderung der Forschung an Hochschulen ernstlich in Frage gestellt wird, wenn in Zukunft unzuständige Gruppenvertreter an Entscheidungen mitwirken und dabei kein sachkompetentes Urteil zugrunde legen können, und wenn die Alleinverantwortlichkeit des einzelnen qualifizierten Forschers beseitigt oder auch nur geschmälert wird. Die dadurch schon entstandene Unsicherheit in der Verantwortung und die sich abzeichnende Möglichkeit einer Einflußnahme von dritter Seite (Balkes Verband ist wahrscheinlich die vierte Seite; A.d.V.) wird unvermeidlich die Bereitwilligkeit der Industrie schmälern, im bisherigen Umfang Forschungsmittel bereitzustellen."

Der Brotkorb, die von Unternommenen erarbeiteten „Forschungsmittel" der Unternehmer, wird bzw. werden höher gehängt, sollten unqualifizierte Gremien es wagen, Forschungsaufträge nach Kriterien zu bewerten, die sich aus den Bedürfnissen Unternommener ableiten.

Selbstverständlich ist das legale Erpressung.

Selbstverständlich weiß auch der parteilose Forschungsminister Leussink, daß man überaltete hierarchische Formen ändern kann, indem man, gleichzeitig, die hierarchische Form verjüngt und darüber hinaus transparant macht, indem man unqualifizierte Gruppenvertreter (Studenten, Assistenten, z.B.) von der reformierten hierarchischen Form ausschließt. Wie man die Reformation funktions- und marktgerecht vornimmt, das wird Herr Leussink im Laufe der Zeit entscheiden. Vorläufig will er sich in puncto Gremienparitäten nicht festlegen, gibt also im Zeichen sozial-liberalen Auftaktes „Experimenten" Raum.

D. h., eine ungefähre Vorstellung hat Herr Leussink schon, tat er doch am 3. 11. in einem Interview mit der WELT kund: „... Ich bin also tatsächlich im Zweifel, ob nicht das angelsächsische System, das unmittelbar aus der mittelalterlichen Universität stammt, den heutigen Anforderungen der Gesellschaft viel besser angepaßt ist, weil es auch viel flexibler ist."

Flexibel = konjunkturgerecht = markt- bzw. wettbewerbsbedingt.

Eine aus der mittelalterlichen Universität mitübernommene Hierarchie käme dem entgegen. Sie dürfte auch flexibel genug sein, sich ein Quentchen Mitbestimmung zuzumuten. Meint Herr Leussink auch: „Ich glaube, daß an dem, was die Rektorenkonferenz „qualitative Repräsentation" nennt, etwas Vernünftiges dran ist."

Daß Herr Leussink ausreichend Gelegenheit haben wird, seinen Glauben auf die Ebene des Wissens zu transformieren, daran ist nicht zu zweifeln: Der Balke-Kollege Stoltenberg, CDU-Forschungsminister a. D., ist bekanntlich an seine alte Direktorenstelle bei Krupp zurückgekehrt; da sich Herr Leussink seit 1967 einer ähnlich ehrenvollen Stellung im Kruppschen Verwaltungsrat erfreuen darf, dürften beide Volks- bzw. Volkswirtschaftsvertreter bezahlte Zeit und Gelegenheit haben, alle anstehenden Sachfragen nicht nun im Kruppschen Sinne zu bereden und zu lösen.

Einseitige wirtschaftspolitische Lösungen wird es nicht geben, denn Herr Leussink ist weder in einer Partei, noch ideologisch verkrustet.

BSZ-Leser antworten

Ihr Artikel „Sozial-Report" in der Nummer vom 23. Oktober 1969 hat mich ganz allgemein und natürlich im speziellen als Koordinator des Studienbüros sehr interessiert.

Ihre Beurteilung der Arbeit und des Reflexionsniveaus erstaunt mich allerdings. Es werden darin allgemein übliche Klischees, die man jederzeit, an jedem Ort über jede Art therapeutische Hilfe verwenden kann, reproduziert, ohne die spezielle Institution „Studienbüro der RUB" wirklich zu analysieren. Da ich annehme, daß ich es mit marxistisch orientierten Gesprächspartnern zu tun habe, muß ich Ihnen natürlich nicht erst im Detail vordozieren, daß jede marxistische Analyse sich durch ihre sachbezogene Konkretheit von ideologisch verfärbtem Geplaudere abzuheben hat. Ihre Be- bzw. Verurteilung unserer Arbeit scheint von wenig Kenntnis über unsere dauernde innere Diskussion über Verursachungsreihen abweichenden Verhaltens, Problematik des Begriffes „Neurose" u. ä. getragen. Daß im Studienbüro nur „psychologisch" gedacht und therapiert würde, kann niemand, der unsere Diskussionen kennt. annehmen. Die Problematik der pathologisierenden Institution Universität (und natürlich auch anderer gesellschaftlicher Institutionen) ist uns selbstverständliches Gesprächsthema. Wie schwierig es ist, aus dieser Situation heraus dem je individuellen Leid heraus zu begegnen (das durch den schlichten und in letzter Zeit zur Konfektionsware gewordenen Hinweis auf die gesellschaftliche Verursachung nichts von seiner Schärfe einbüßt) ist nur aus der therapeutischen Praxis heraus wirklich abzuschätzen. Neue Formen der Therapie müssen gesucht und gefunden werden. Ich habe nicht den Eindruck, daß mein kleiner Einführungsartikel im neuen Studienführer den Anschein erweckt, als würden wir das Ziel der reibungslosen Anpassung an eine pathologische Realität propagieren.

Ihr Hinweis auf die immer noch fehlende Stelle des Soziologen (und damit einer immanent kritischen Instanz) freut mich. Ich möchte ihn mit Nachdruck wiederholen. Außerdem möchte ich auch an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, daß Reflexion auf die Basis unserer Arbeit Zeit erfordert, die wir unter der drückenden Last der täglichen Arbeit kaum mehr finden können, da wir mit unserem Stellenplan immer wieder weit hinter den Erfordernissen nachhinken. Ob und wie dies prinzipiell mit dieser Gesellschaftsstruktur, die „nichtproduktive" Instanzen immer „gerade noch" als Alibi am Leben erhält, zusammenhängt, mögen andere analysieren.

Dr. Eva Jaeggi
Koordinator des Studienbüros

Neues aus der Hustadt

Die Wohnungen in der Universitäts-Rahmenstadt (Miete ca. 400 DM für 100 qm) waren für manchen Geldbeutel zu teuer. Etliche Wohnungen blieben unvermietet. Ende vergangenen Jahres verfiel man auf die Idee, Studenten als Lückenbüßern die leerstehenden Quartiere anzubieten. Für 120 Mark Monatsmiete konnten sich fortan 260 Studiker als Untermieter des AKAFÖ über Schlammpfade zu ihren Neckermann-Komfort-Buden durchkämpfen, wo enormer Baulärm jedes Einsamkeits-Syndrom im Keim ertötete. Inzwischen aber scheint man genügend „anständige" Mieter aufgetrieben zu haben. Im Laufe des nächsten Jahres sollen sämtliche Studenten auf die Straße gesetzt und den einwohnenden Professoren, Assistenten, Uni-Bediensteten und sonstigen reputierlichen Familien der Anblick von langhaarig-Ungewaschenem erspart werden.

Offensichtlich vertraut man darauf, daß Studenten, an schlechte Verhältnisse im Wohnsektor seit jeher gewöhnt, auch diese Diskriminierung hinnehmen werden. Hier dürften sich die verantwortlichen Gremien allerdings geschnitten haben.

In einer Vollversammlung der Betroffenen am vergangenen Mittwoch sprach man sich entschieden dafür aus, für studentisches Wohnrecht in der Uni-Rahmenstadt zu kämpfen. Biedenkopfs Wir-Sitzen-Alle-Im-Gleichen-Boot-Ideologie als Verschleierung konkreter Unterprivilegierung wird nicht mehr geschluckt. Vollversammlungen und Anträge im Uniparlament sind als nächste Schritte geplant.

Nachwahlen

Nachwahl in Abt. 3 (PPP) zum SP

Da Sabine Sippel, Direktkandidatin aus Abt. 3 in den AStA gewählt wurde, findet in Abt. 3 eine Nachwahl statt. (Termin: 3. Dezember) Kandidaten müssen sich bis zum 12. November, 18 Uhr, beim Wahlausschuß (Baracke 8, Zimmer 9) melden und folgende Unterlagen beibringen:

1.) 20 Unterschriften aus der Abt. 3,
2.) Immatrikulationsbescheinigung.

Die Kandidaten müssen angeben, ob sie einer Wahlgemeinschaft angehören.

Wahlausschuß
gez. Bernadette Reimann

Rechtsberatung

in studentischen Angelegenheiten (Mietrecht, Zahlungsverpflichtung der Eltern usw.) jeden Montag und Dienstag von 12 bis 13 Uhr, jeden Donnerstag von 12 bis 14 Uhr in Baracke VIII (BSZ-Raum)

Genossen! Um die anstehenden politischen Prozesse vorzubereiten, ist eine gemeinsame Taktik und Strategie festzulegen. Der erste Prozeß in diesem Semester findet bereits am Freitag, dem 7. November, statt. Vorbesprechung dazu am 6. November um 13 Uhr in Baracke VIII.

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK · WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT · DURCH ZOLLERSPARNIS NUR
RUM and MAPLE 2.50 DM
Gratispröbchen · PLANTA · Berlin 61

Der Augen Wille:

die Heinen-Brille
Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und Lebensmittel
in Ihrer
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!
Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

TRIUMPH - tippa
Kleinschreibmaschine
mit Garantie DM 149,—
+ MWST.
Werksvertretung:
Hoffmann & Co.
Bochum – Viktoriastraße 71
Ruf: 1 30 21 / 22

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Das Druckhaus
für
anspruchsvolle Kunden
Druckhaus
Schürmann & Klagges
Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 160 81 - 83

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmann, Norbert Otte, Jörg Reimann

Zeichnungen: Krisch

Anzeigenleitung: Christine Schipplick

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9

Auflage: 8000 Exemplare

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.